

Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung zu unterbreiten hat und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist.

Unter bestimmten Umständen kann eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über diesen Vorschlag durchgeführt werden.

Die Regierungen der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik werden ihrerseits alles tun, um die Lösung dieser unaufschiebbaren Aufgaben im Interesse der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit zu erleichtern.

Nur wer den Krieg und die Zerstückelung Deutschlands will, kann diese Vorschläge zurückweisen oder bagatellisieren. Wer den Frieden erhalten und den nationalen Notstand beenden will, macht die Prager Beschlüsse zum Ausgangspunkt verdoppelten Einsatzes für das einheitliche, friedliche, unabhängige und demokratische Deutschland. Der Hebel hierfür liegt für das deutsche Volk vor allem in Punkt 4 der Prager Vorschläge. Erheben wir die Forderung nach Bildung eines gesamtdeutschen Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zur nationalen Forderung aller Deutschen!

Die SED unterstützt alle Bestrebungen der patriotischen deutschen Kräfte zur Herbeiführung einer Verständigung und zur Bildung des gesamtdeutschen konstituierenden Rates.

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands appelliert an alle deutschen Patrioten, vor allem an die deutsche Jugend, besonders in Westdeutschland und Westberlin, nüchtern und verantwortungsbewußt zu den Prager Beschlüssen Stellung zu nehmen und diejenige Antwort zu finden, die das nationale Interesse erfordert.

Es lebe der wachsende nationale' Widerstand des deutschen Volkes gegen die amerikanische Unterjochung und Kriegspolitik!

Es lebe das kommende, einheitliche, unabhängige, demokratische, friedliebende und starke Deutschland!

Entschließung des Zentralkomitees vom 27. Oktober 1950 (3 Tagung)